

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Deutschen Präventionstag (DPT) anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Kriminalprävention befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. An welchen Stellen in diesem Spektrum setzen die kriminalpräventiven Ziele Ihrer Partei an? Welche Schwerpunkte werden gesetzt?

Wir GRÜNE stehen für eine rationale und evidenzbasierte Sicherheits- und Kriminalpolitik, die die Bevölkerung nicht unter Generalverdacht stellt, sondern konkrete Gefahren zielgerichtet abzuwehren hilft. Dabei spielt Prävention in allen Bereichen der Innenpolitik für uns eine prioritäre Rolle, von der Gewaltprävention für Kinder und Frauen bis zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich Extremismus. Wo Bedrohungslagen sich wandeln, helfen nur tatsächlich wirksame Maßnahmen und keine repressive Symbolpolitik und punktuelle Strafschärfungen. Wir sind überzeugt, dass ein starker, demokratischer Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren, Grundrechte schützen und unsere Freiheit bewahren kann.

2. Seit mehr als 30 Jahren werden Strategien der kommunalen Kriminalprävention in ländlichen wie auch in urbanen Räumen umgesetzt. In welcher Form sollen diese Strukturen nach der Programmatik Ihrer Partei weiterentwickelt und gestärkt werden?

Wir GRÜNE verstehen Sicherheit als kooperative Aufgabe und unterstützen daher Kooperationen und insbesondere zivile Lösungen in der kommunalen Kriminalprävention. Das Konzept der Sicherheitspartnerschaften liegt uns daher sehr nahe. Diese können auch erheblich zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls der vor Ort lebenden Menschen beitragen. Denn diese kennen die spezifischen örtlichen Gefahren am besten. Föderalismus heißt auch voneinander lernen. Gerade für die besonders gefährdeten Ballungsräume braucht es ein Bundessicherheitskonzept, an dem sich auch die unterschiedlichen föderalen Akteure beteiligen und das zu einheitlichen Standards führt.

3. Verhinderung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität/Jugendförderung Der Deutsche Präventionstag setzt sich u.a. für die Vorbeugung und Verhinderung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität ein. Welche Formen der Jugendförderung werden von Ihrer Partei hierzu angestrebt?

Wir GRÜNE werden Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten der Globalisierung auch eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale Begegnungen und Austauschprogramme.

4. Wie beurteilt Ihre Partei eine verstärkte Förderung von Bildungsangeboten im Hinblick auf deren Auswirkungen auf abweichendes Verhalten und Gewaltbereitschaft?

Niedrigschwellige Bildungs- und Beratungsangebote leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gewaltprävention bei Kinder und Jugendlichen. Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau von Präventionsmaßnahmen und professioneller Hilfe im schulischen Bereich und setzen uns für eine starke Jugendhilfe ein. Dafür wollen wir in zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen an Schulen investieren, mehr Therapieangebote schaffen und Einzelfallhilfe und Krisen- und Gewaltprävention für Kinder, Familien und pädagogische Fachkräfte ausbauen. Gerade Schulen sind wichtige Lern- und Lebensorte des sozialen Miteinanders und müssen gut ausgestattet werden. Wir fördern multiprofessionelle Teams, um die Schüler*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen

zu können. Für Schulen in benachteiligten Gebieten und Regionen mit besonderen Herausforderungen wollen wir dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit und ein gutes und lernförderndes Schulklima schaffen.

5. Sind aus Sicht Ihrer Partei die Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt sowie des gesellschaftlichen Zusammenhaltes explizite Ziele, die auch im Bereich der Kriminalprävention verfolgt werden sollten?

Ja. Wir GRÜNE wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und sicher leben können. Sicherheit muss überall gleichermaßen garantiert sein. Freiheits- und Bürger*innenrechte behandeln wir nicht als Streichposten der Innenpolitik, sondern als ihre zentralen Schutzgüter. Sicherheit darf keine Frage der sozialen Schicht, der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Aussehens oder des Wohnorts sein. Durch eine intersektionale Ausrichtung von Sicherheitspolitik werden gleichzeitig gesellschaftliche Vielfalt und Zusammenhalt gestärkt.

6. Welche zusätzlichen bundesgesetzlichen Regelungen hält Ihre Partei in den Bereichen Kriminalprävention und Opferschutz sowie im Bereich der Prävention von digitaler Kriminalität für anstrebenswert?

Die Wirksamkeit von Strafnormen hängt vor allem von hoher Entdeckungs- und hoher Verurteilungswahrscheinlichkeit, also hohem Risiko für potentielle Täter*innen ab. Das erfordert beste personelle und sächlich-technische Ausstattung, insbesondere auch im Bereich der IT, der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte. Dies wollen wir GRÜNE durch einen neuen Bund-Länder-Pakt für den Rechtsstaat erreichen.

Wir wollen einen Fonds für Opfer, insbesondere rechtsextremer, rassistischer oder islamistischer Gewalt, einrichten. Hasskriminalität im Netz und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wollen wir wirksamer bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden sicheren Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren Informations- und Beschwerdemöglichkeiten.

7. Welche Erfordernisse sieht Ihre Partei bezüglich der Fortentwicklung von Schwerpunkten und Strukturen der nationalen Extremismusprävention?

Eine umfassende und breit angelegte Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit Menschen nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Dafür braucht es einen gesamtheitlichen Ansatz, der sich nicht nur auf die Schaffung immer neuer Befugnisse für die Polizei und die Nachrichtendienste beschränkt. Prävention muss endlich integraler Teil der Sicherheitspolitik werden. Wir GRÜNE wollen Prävention und Deradikalisierung zur Priorität der nächsten Bundesregierung erklären und mit den Bundesländern abgestimmte Strategien entwerfen sowie ein Konzept für ein bundesweit vereinheitlichtes und insgesamt professionalisiertes Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk koordiniert durch den Bund, das mit Mitteln aus dem Bundes-Haushalt unterfüttert ist. Hierfür braucht es auch endlich ein Demokratiefördergesetz.